

Foto: Fr. W. Schneider

*Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern  
ein frohes Weihnachtsfest  
und ein gesundes, friedliches neues Jahr 1986*

Ludwig Siepelmeier, Bürgermeister  
Hans Tegeler, Fraktionsvorsitzender  
Dieter König, CDU-Vorsitzender

Verantwortlich:

Werner Schmigelski, 4504 Georgsmarienhütte, Haseldehnen 17, Tel. 23 13  
Fr. Wilh. Schneider, 4504 Georgsmarienhütte, Papiermühle 64, Tel. 4 08 05

Herausgeber

**CDU**  
Georgsmarienhütte

Liebe Leser,

das Jahr 1985 neigt sich dem Ende zu und brachte viel Unruhe im gesamtpolitischen Bereich.

Die größte Sorge bereitete uns in GM-Hütte die drohende Schließung der Klöckner-Werke. Dazu noch einmal ein zusammenfassender Beitrag von Hermann Sandkämper, eine Information aus erster Hand, die auch die europaweite Stahlsituation einbezieht.

Die Regierungspolitik in Bonn ist vielfach angegriffen worden – der Wahlkampf wirft seine Schatten voraus – die christlich-liberale Koalition hat beachtliche Leistungen aufzuweisen, was allzuleicht und häufig von manchen politischen Gegnern und Kritikern gewollt, angesichts des weiterhin dringenden Problems der Arbeitslosigkeit, übersehen wird, zu Unrecht, wie der bundespolitische Beitrag von Heinz Lunte nachzuweisen versucht.

Dem Bauhauptgewerbe geht es weiterhin schlecht. Umso wichtiger ist die Anregung der Bauwirtschaft im kommunalen Bereich. Dazu ein Beitrag von Helmut Rahenbrock.

Der Geburtenrückgang bringt Probleme im Schulbereich. Zur Situation ein Bericht von Heinz Lunte, Ratscherr und schulpolitischer Sprecher der CDU-Kreistagsfraktion. In der Leitung der Volkshochschule gab es einen Wechsel. Der CDU-Mann Fritz Brickwedde übernahm nach erfolgreichem Wirken eine neue Aufgabe. Er gab uns ein Interview mit Rück- und Ausblick zur Aufgabe in diesem wichtigen Bereich der Erwachsenenbildung. Der SPD-Mann Dr. Eberhard Schröder hat die Nachfolge angetreten. Er versucht, seine Vorstellungen zur Aufgabe der VHS zu entwickeln. Wir wünschen ihm gute Arbeit und viel Erfolg!

„Adler“ ist (leider?) da und brachte die Gemüter zur Wallung. Ein Dauerbrenner für Räte und Verwaltung, nicht nur in GM-Hütte! Die Ansiedlung von großräumigen Fachmärkten „auf der grünen Wiese“ ist ein bundesweites kommunalpolitisches Thema, das auch bei und noch nicht abgeschlossen ist. Wir kommen darauf mit grundsätzlichen und arbezogenen Beiträgen zurück.

Nahezu allen Gemeinden geht es seit der Wende langsam aber stetig finanziell wieder besser – auch Georgsmarienhütte? Was können wir an Planungen noch finanzieren? Die Haushaltsberatungen für 1986 sind angelaufen, die Fragen brennen unter den Nägeln, wir werden dazu berichten.

Schließlich – last not least –: Ende November ging Stadtdirektor Rolfes in den Ruhestand. Als sein Nachfolger kommt Dr. Janning. 'Stadt im Werden' wird Sie informieren.

Werner Schmigelski

## Stahlsubventionen.

In der letzten Zeit ist häufig die Frage diskutiert worden: „Wieso macht die Georgsmarienhütte bei dieser hohen Produktion und bei den hervorragenden Qualitäten noch Verluste?“

Das obige Schaubild zeigt, mit wieviel DM jede Tonne Walzstahl in den anderen EG-Ländern subventioniert (unterstützt) wird. Selbst die Franzosen, die jede Tonne Stahl „nur“ mit 185,- DM bezuschussen, haben gegenüber der Bundesrepublik einen Preisvorteil von 125,- DM. Die deutsche Stahlindustrie erhält für ihre Erzeugnisse noch immer keine kostendeckenden Preise.

Der Montanunionsvertrag untersagt im Artikel 4c staatliche Hilfen „in welcher Form auch immer“. Unsere EG-Partner haben sich daran nicht gehalten, weil sie befürchteten, daß die äußerst konkurrenzfähige deutsche Stahlindustrie auf Dauer die Belieferung ihrer Märkte – ganz oder zum großen Teil – vornehmen würde. Um die Arbeitsplätze im eigenen Land zu sichern, haben sie zu dem unerlaubten Mittel der Subvention gegriffen.

Der frühere Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorf hat sich leider nur auf Seelenmassage beschränkt, statt zu dem ihm zur Verfügung stehenden Mittel der Klage zu greifen. Schließlich hat er 1983 in Brüssel an die EG-Mitglieder das Zugeständnis gemacht, bis Ende 1985 subventionieren zu

## Stahlerzeugung in GM-Hütte vorerst gesichert

Die beabsichtigte Schließung der Georgsmarienhütte hat unsere Region zehn Monate in Atem gehalten!

Einer, der nahezu über alle Gespräche, Vorhaben und Maßnahmen informiert war und entsprechend agieren oder reagieren konnte, ist der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende der Hütte, unser Landtagsabgeordneter Hermann Sandkämper.

Wir haben ihn gebeten, uns zu schildern, wieso die geplante Fusion nicht zustande kam und die Georgsmarienhütte vorerst „gerettet“ werden konnte.

**Übrigens:** Hermann Sandkämper ist von den zuständigen Gremien der CDU mit überwältigender Mehrheit erneut zum Landtagskandidaten für unseren Wahlkreis gewählt worden – nicht zuletzt auch ein Zeichen des Dankes und der Anerkennung für seinen beispiellosen Einsatz um die Erhaltung der Georgsmarienhütte!

Herzlichen Glückwunsch dazu, Hermann Sandkämper, und weiterhin „Glück auf“!

W.S.



dürfen. Im Umkehrschluß heißt das, daß ab 1986 die Subventionen aufhören müssen. Doch daran will z.Zt. keiner glauben. Fast alle EG-Mitglieder haben in Brüssel neue Forderungen angemeldet. Inzwischen ist die Verlängerung der Subventionsregelung beschlossene Sache.

Die bundesdeutsche Stahlindustrie wird weiterhin gegen die vereinigten Staatskassen der anderen EG-Partner konkurrieren müssen. Das ist von einer Branche, die privatwirtschaftlich organisiert ist, nicht zu leisten.

Die Bundesrepublik wird auf die Herstellung von Eisen und Stahl nicht verzichten. „Wir wollen für den Krisenfall gewappnet sein,“ hat uns der Bundeskanzler im Januar, als wir wegen der Georgsmarienhütte und der Fusion bei ihm waren, erklärt. Der Bundesregierung wird nichts anderes übrig bleiben, als dasselbe zu tun, wie die anderen EG-Partner. Die Arbeitsplätze im eigenen Land sind sonst nicht zu halten.

Hermann Sandkämper

## Zur »Klößner-Situation«

Die Fusion Krupp-Klößner kommt nicht zustande. Die Georgsmarienhütte wird nicht stillgelegt. „Georgsmarienhütte bleibt Stahlstandort“!

Im Oktober vorigen Jahres stellten Vorstandmitglieder von Krupp und Klößner den Plan vor, die Stahlbereiche beider Unternehmen miteinander zu verschmelzen. Die Georgsmarienhütte sollte stillgelegt und die Produktion der Hütte auf die Krupp-Werke in Rheinhausen, Geisweid und Hagen-Vorhalle sowie auf die Max-Hütte in Bayern verteilt werden. Allein die Abschreibung der Georgsmarienhütte wurde mit 330 Millionen DM beziffert. Diese Abschreibungssumme sollte zur Hälfte aus der Staatskasse in bar an die Klößner-Werke erstattet werden. Entsprechend dem Stahlhilfeprogramm sollte der Bund Zweidrittel und das Land Niedersachsen Eindrittel zahlen. Darüberhinaus wurde von der Bundesregierung noch eine Starthilfe erwartet.

Bereits am Mittwoch, dem 24. Oktober 1984, – zwei Tage vor der Demonstration in Oesede – war Dr. Albrecht beim Bundeskanzler. Helmut Kohl hat unserem Ministerpräsidenten zugestanden, alle mit der Fusion zusammenhängenden politischen und finanziellen Probleme in Hannover verhandeln zu können und Bonn würde Nichts ohne die Zustimmung Niedersachsens tun.

In den Verhandlungen, die bei Frau Breuel im Hannoverischen Wirtschaftsministerium stattfanden, sahen sich die Unternehmensvertreter einer bestens informierten Landesregierung gegenüber. Sie konnten nicht ausreichend den Beweis antreten, daß die Produktion der Georgsmarienhütte von den anderen bereits genannten Werken übernommen werden konnte. Es fehlte in den anderen Werken die gut ausgestattete Zurihterei, wie auch Vergüterei und Schälerei. Nur der Bau neuer Anlagen in Höhe von ein paar hundert Millionen DM hätten die Übernahme der gesamten Produktion auf andere Werke ermöglicht.

Von der öffentlichen Hand kann wohl kein vernünftiger Mensch erwarten, daß sie erst Geld gibt für die Stilllegung eines Werkes, und dann für den Auf- und Ausbau neuer An-

lagen an anderer Stelle. So ist auch der Satz unseres Ministerpräsidenten auf der Kundgebung am 30. August 1985 zu verstehen, als er sagte: „Ich war von der sachlichen Richtigkeit, die Georgsmarienhütte stillzulegen, nie überzeugt.“

Mit Schreiben vom 28. Dezember 1984 hat Dr. Albrecht den Vertretern von Krupp und Klößner schriftlich erklärt: *Für diese Fusion gibt es keine öffentlichen Mittel und ich bin sicher, daß das auch die Meinung des Bundeskanzlers und des Bundesfinanzministers ist.*

Von Januar bis Juli 1985 haben sich die Aktivitäten der Vertreter von Krupp und Klößner auf Bonn konzentriert. Zunächst wollten sie die Bundesregierung dahin bringen, den niedersächsischen Anteil mit zu übernehmen. Als der Bundesfinanzminister sehr schnell und kurz abgewinkt hat, wollten sie sich auch mit den Zweidrittel Bundesanteil zufriedenen geben. Das in dieser Zeit unsere Bundestagsabgeordneten mehr getan haben als in der Zeitung gestanden hat, wird auch jedem einleuchten, der nicht so hinter die Kulissen sehen konnte.

Inzwischen hat die Zeit für uns gearbeitet. Die Stilllegung der Georgsmarienhütte war zum Politikum geworden. Der Sprachgebrauch war nicht mehr: Steuergeld für die Fusion, sondern Steuergeld für die Stilllegung der Georgsmarienhütte. Weder das Bundeskabinett noch der Haushaltsausschuß des Bundestages waren bereit, Geld zu geben oder umzuschichten für die Schließung unseres Hüttenwerkes. Das wußte auch Minister Bangemann, als er in der Schlußphase von den Anteilseignern bedrängt wurde.

Am 8. Juli 1985 kam aus dem Bundeskanzleramt das Telex an Krupp und Klößner: *Es gibt für eine Fusion, die die Schließung der Georgsmarienhütte vorsieht oder nach sich zieht, keine finanzielle Unterstützung.* Der Kommentar unseres Ministerpräsidenten zwei Tage später: *„Das habe ich ihnen schon am 28. Dezember 1984 geschrieben. Die hätten auf mich hören sollen.“*

Hermann Sandkämper

## „Schulproblem“ – aber kein Schulstreit!

Im Stadtteil Oesede wächst seit einiger Zeit ein großes Schulproblem heran, das nur im Einklang aller Beteiligten (Eltern/Schule/Kinder) sinnvoll gelöst werden kann. Zahlreiche Gespräche haben bereits stattgefunden, aber eine Lösung ist noch nicht in Sicht.

Die CDU-Fraktion will deswegen über eine Kommission Lösungsvorschläge erarbeiten und den beteiligten Seiten vorlegen.

In diesem Bericht sollen Lösungs-Modelle noch nicht vorgestellt, die Probleme jedoch sachlich dargestellt werden. In Oesede gibt es vier Grundschulen als Bekenntnisschulen (drei kath. und eine ev.), während in anderen Stadtteilen vornehmlich Grundschulen für Schüler aller Bekenntnisse eingerichtet sind (Ausnahme: Alt-GM Hütte). Nach dem Niedersächsischen Schulgesetz dürfen in einer Bekenntnisschule höchstens elf Kinder einer anderen Konfession angehören. Diese Anzahl ist in der katholischen Michaelis-Schule weit überschritten, so daß die Schulaufsicht gefordert hat, keine weiteren Kinder nicht-katholischer Konfession aufzunehmen. Dieser Tatbestand hat zu großen Härten (weitere Schulwege, Unterbindung von Freundschaften, sogar Kirchenaustritte) geführt.

Eltern der Michaelis-Schule haben die Stadt aufgefordert, für Abhilfe zu sorgen.

Zu denken wäre an eine Umwandlung in eine Schule für Schüler aller Bekenntnisse. Nach dem o.g. Schulgesetz ist aber eine Umwandlung einer Bekenntnisschule entweder nicht oder nur unter weit interpretierbaren Bedingungen vorgesehen. Die Gründung einer neuen Schule für Schüler aller Bekenntnisse könnte deshalb angestrebt werden. Ob dieser Weg bei sinkenden Schülerzahlen unter Gefährdung anderer Schulen als richtig angesehen werden kann, darf zumindest in Frage gestellt werden.

Anzustreben ist ein Lösungsweg, der von Eltern, Kindern, Kirchen und Schulen gemeinsam gegangen wird, da nur so eine positive Veränderung herbeigeführt werden kann. Um diese Gemeinsamkeit ist die CDU-Fraktion sehr bemüht, und deswegen sind Vokabeln wie Streit, Kampf völlig unangebracht, es sei denn, man erhofft sich partei-politisches Kapital.

Die Schule, bzw. die Kinder, sind uns aber zu wichtig, um sie in derartige politische Überlegungen einzubeziehen. Wir wünschen uns für das Schulproblem in Oesede einen Lösungsweg bis zum 1. August 1986 entlang der Leitlinie, wie sie sich im Einsatz für den Erhalt des Stahlstandortes GM-Hütte bewährt hat: „in großer Gemeinsamkeit“!

Dafür bitten wir um Unterstützung.

Heinz Lunte

## Neues Baugebiet „Hohe Linde“ in Kloster Oesede – „Was lange währt, wird endlich gut“ –

Es ist soweit: in Kloster-Oesede wurde im Baugebiet „Hohe Linde“ mit den Erschließungsarbeiten begonnen, so daß die ersten Häuser im Spätsommer des kommenden Jahres gebaut werden können.

Hält man eine kleine Rückschau, so muß man feststellen, daß es ein sehr mühsamer Weg war, der hier begangen werden mußte. Es hat fast drei Jahre gedauert, dabei sollte alles so schnell gehen....!

Der Leitgedanke war und ist, preiswertes Baugelände zu schaffen, damit auch unsere heimische Bevölkerung in die Lage versetzt wird, sich ein eigenes Haus mit Garten zu bauen. Wir denken besonders auch an junge Familien, die hier wohnen bleiben möchten oder in unserer Stadt ihren Arbeitsplatz haben; Grundstücksspekulationen werden dabei ausgeschlossen.

Nach verschiedenen Vorgesprächen mit den Grundstückseigentümern hat im Januar 1983 ein Architekten-Wettbewerb stattgefunden, aus dem das Planungsbüro Garthaus, Osnabrück, als Sieger hervorging. Durch verschiedene Einsprüche, in Sonderheit aber auch durch viele Wünsche und konstruktive Anregungen unserer Bürger, war es erforderlich, daß der Bebauungsplan dreimal öffentlich ausgelegt werden mußte. Durch die bekannten Auslegungsfristen und anschließenden Beratungen in den Fraktionen und Ratsausschüssen ist zwar viel Zeit verloren, der Plan hat jedoch dadurch noch an Qualität und guten Ideen gewonnen. So kann hier nunmehr eine Mustersiedlung entstehen, die im weiten Umland Beachtung finden wird.

Hier wirkt alles sehr aufgelockert, sehr durchgrünt (eigener Grünordnungsplan) und alle Stichstraßen werden verkehrsberuhigt ohne Hochbordanlagen wechsellvoll gepflastert. Eine Südhanglage mit ca. 30 m Höhenunterschied bietet eine besonders gute Wohngebietsqualität.

Die Kuppe der „Hohen Linde“ wird von der Bebauung freigehalten. Dadurch wird zum einen der Blick vom Hauptwanderweg im Zuge der Lindenbreite freigehalten, zum anderen bleibt die Kuppe dominierend über den Siedlungsrand. Die schöne Aussicht von der „Hohen Linde“ aus über Kloster-Oesede mit den dahinterliegenden Bergen bleibt also voll erhalten.

Im südlichen Bereich (Brörmann/Tennisanlage) entsteht eine Parkanlage mit heimischen Bepflanzungen nach einem Grünordnungsplan. Durch diesen Park führt ein 3 m breiter Rad-Fußweg als Verbindung der Straße Hohe Linde/Wanderweg entlang am Hochwald Palsterkamp. Darüber hinaus ist in dieser Parkanlage der Kinderspielplatz mit ca. 1680 qm vorgesehen. An unsere Tennisfreunde ist ebenfalls gedacht; eine Erweiterung der Anlage im nördlichen Bereich ist möglich. Die Querlegung des Platzes 4 kann einen zusätzlichen Tennisplatz erbringen. Zudem ist die Tennisanlage demnächst zusätzlich von der Planstraße D aus zu erreichen. Die Tennisanlage wird durch einen 1,50m hohen bepflanzten Lärmschutzwall nach Norden hin abgeschottet. Da demnach Lärmbelästigungen von der Tennisanlage nicht ganz ausgeschlossen sind, werden die Bauplätze an der unteren Planstraße D zum WA = allgemeines Wohngebiet ausgewiesen, während das gesamte andere Baugebiet als WR = reines Wohngebiet ausgewiesen ist. Vielleicht gibt es an der unteren Baureihe tennisinteressierte Bewerber, die keine Anfahrtswege mehr zurückzulegen brauchen und vom Wohnzimmer aus sehen können, ob Tennisplätze frei sind.

Die verkehrliche Erschließung erfolgt über die Straße „Hohe Linde“, die beidseitig einen Fuß-Radweg erhält. Dadurch erfolgt eine bessere Anbindung des Stadtteiles Holsten-Mündrup. Die Linienführung der Straßen bleibt weitgehend erhalten, lediglich im Bereich des Denkmals „Hohe Linde“ ist eine Straßenverlegung zum Pumpwerk hin vorgesehen, so daß die Baumgruppe und die Bruchsteinmauer Niemann/Menke erhalten bleibt. Weitere begrünte Einengungen sollen bewirken und vermeiden, daß die

Strasse „Hohe Linde“ nur mit sehr begrenzten Geschwindigkeiten befahren werden kann.

Das Erschließungskonzept für Abwasser und Regenwasser erfolgt weitgehend über eine natürliche Gefälle-Entwässerung. Zur Entlastung der Düte ist in der Senke des Wohngebietes Plasterkamp (gegenüber Sattler Boßmeier) ein Regenrückhaltebecken mit ca. 7000 cbm Stauraum vorzusehen.

Da das Bebauungsgebiet teilweise im Wasserschutzgebiet liegt, ist die Lagerung von wassergefährdeten Stoffen untersagt, so daß die Häuser mit den umweltfreundlichen Erdgasheizungen versehen werden.

### Ein paar technische Angaben:

78 Bauplätze

– im Mittel 700/800 qm groß,

– zum Teil auch kleiner oder größer,

eingeschossige Bauweise,

weitgehend Einzelhausbebauung,

– wobei 2 Wohnungen pro Wohngebäude zulässig sind.

Sattel- oder Walmdächer

Dachneigung:

– westlicher Bereich Planstraße E und nördlicher

Bereich (an der Kuppe) Planstraße B 25° bis 32°,

– alle anderen Straßen 36° bis 42°.

Grundflächenzahl: 0,3

Geschoßflächenzahl: 0,3

Wohnbautiefe: 15,00 m

Firsthöhe: bei Dächern von 24° bis 32° = 9,00 m

Firsthöhe: bei Dächern von 35° bis 42° = 11,00 m

### Und nun zum Wichtigsten:

– Grundstückspreise –

– Erbpachtpreise –

– Erschließungskosten –

#### I. Grundstückspreise (Verkauf)

Es ist ein differenzierter Grundstückspreis vorgesehen:

normale Lage	49,00 DM/qm
gute Lage	54,00 DM/qm
weniger gute Lage	43,00 DM/qm

#### II. Erbbaugrundstücke

normale Lage	1,80 DM/qm
gute Lage	1,90 DM/qm
weniger gute Lage	1,70 DM/qm

Für den Erwerb des Erbbaurechtes ist ein einmalig zu zahlender Betrag von 8,00 DM/qm für die Abdeckung von Sonderkosten vorgesehen.

#### III. Erschließungsbeiträge

Der Erschließungsbetrag für Straßenbau, Rad-Fußwege usw. beträgt

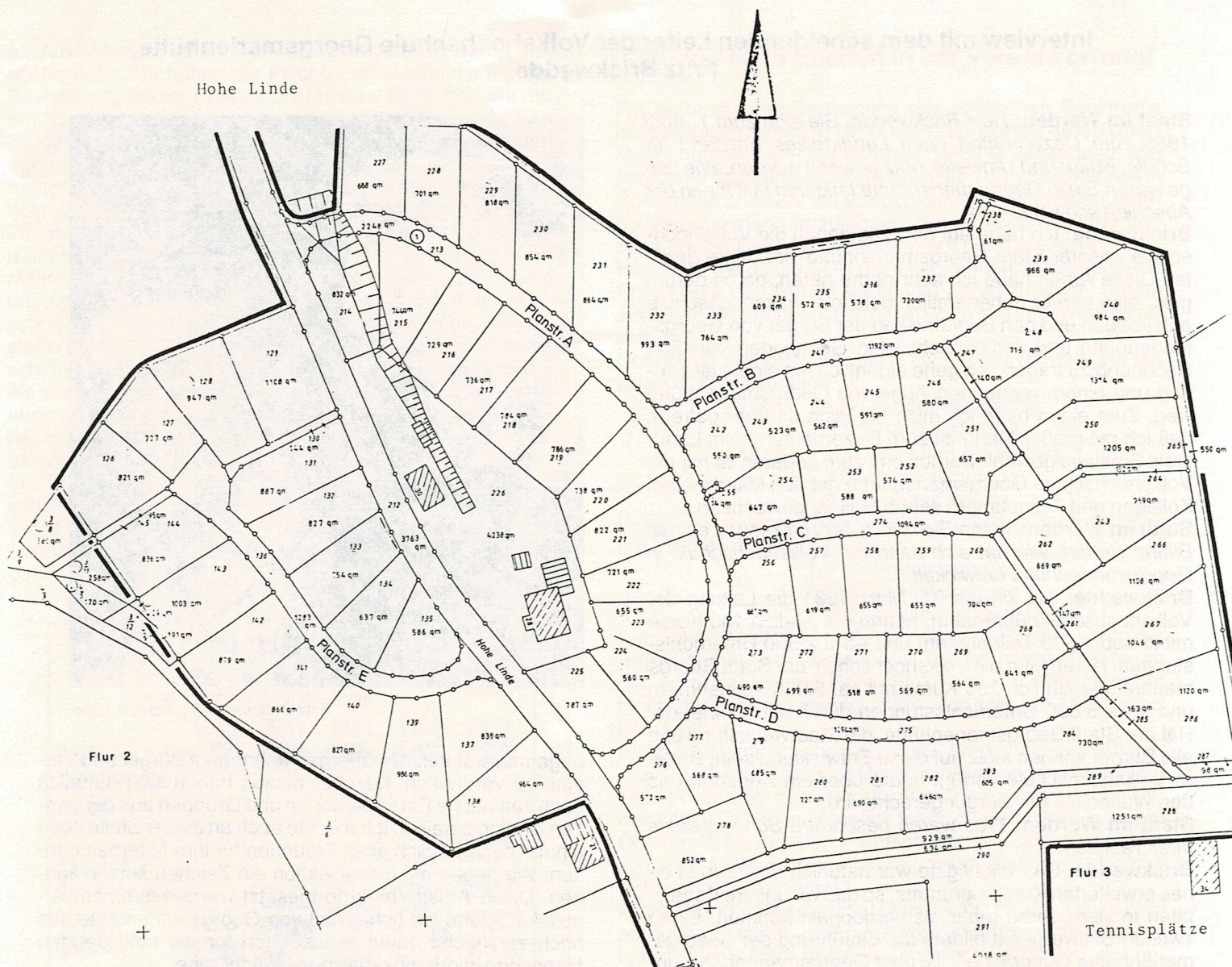
zuzüglich	27,88 DM/qm
Anschlußbeiträge für	
– Schmutzwasserkanal	6,50 DM/qm
– Regenwasserkanal	4,50 DM/qm
– Trinkwasserversorgung	2,65 DM/qm

gesamt = **41,53 DM/qm**

#### IV. Hausanschlußgebühren (Pauschalpreise)

Schmutzwasser	970,00 DM
Regenwasser	880,00 DM
Trinkwasser	460,10 DM

**2.310,10 DM**



Der Erschließungsbetrag von 27,88 DM/qm wird als einmalige Zahlung als Ablösesumme fällig, Mehrkosten sind dabei ausgeschlossen.

Die Anschlußbeiträge für den Schmutz- und Regenwasserkanal sowie für die Trinkwasserversorgung entsprechen den Einheitssätzen der Stadt Georgsmarienhütte.

Auf der Basis der vorgenannten Berechnungen kostet ein Grundstück bei der normalen Lage (49,00 DM + 41,53 DM Erschließung) gesamt **90,53 DM/qm**.

Für die Bauinteressenten ist das sicherlich noch viel Geld, so günstiges Bauland ist jedoch im gesamten Umland nicht zu erhalten.

Für die Erschließung und Vorfinanzierung ist die NILEG als Bauträger eingeschaltet. Die Vergabe der Bauplätze erfolgt aber letztlich durch den Vergabeausschuß unserer Stadt. Bauwillige Interessenten wenden sich daher zunächst an die Stadtverwaltung. Sollten nicht genug bauwillige Bewerber vorliegen, so ist eine abschnittsweise Bebauung nach Straßen vorgesehen. Die Bebauung soll innerhalb 6 Jahren abgeschlossen sein. 12 Bauplätze werden von den früheren Grundstücksbesitzern direkt verkauft.

Es sei auch erwähnt, daß sich auch die Stadt bei diesem Baugebiet mit ca. 1,2 Millionen DM beteiligt. Die Basis für das eigene Haus mit Garten ist nunmehr von der Stadt geschaffen und wir meinen, daß es sich um preiswerte Grundstücke handelt, unter Berücksichtigung hervorragender Lage und bester Wohnqualität.

Wir haben mit diesem Baugebiet aber auch praktische Wirtschaftsförderung für unsere heimischen Handwerkerbetrie-

be in die Wege geleitet, deren katastrophale Auftragslage zu Kurzarbeit und Entlassungen, aber auch zur Aufgabe und zu Konkursen geführt hat.

Jedermann setzt sich zu Recht für die Erhaltung der Klöckner-Werke ein, jedoch sollten die erheblichen Probleme der mittelständigen Wirtschaft darüber nicht in Vergessenheit geraten. Mit der Bebauung der „HohenLinde“ wollen wir helfen!

78 Wohnhäuser – daß bedeutet einen Investitionsschub von ca. 25 Millionen DM über Jahre verteilt. Dadurch werden nicht nur Arbeitsplätze erhalten, sondern auch neue geschaffen, und mancher arbeitslose Jugendliche wird nun doch einen Ausbildungsplatz erhalten.

Übrigens: die UWG hat das Baugebiet „Hohe Linde“ abgelehnt.

Nach der Fertigstellung werden im neuen Baugebiet ca. 300 bis 350 Personen leben, was sich letztlich auch positiv auf die langfristige Erhaltung der Schulen in Kloster-Oese auswirken wird.

Ich habe versucht, Ihnen das Baugebiet „Hohe Linde“ darzustellen. Durch den abgedruckten Bebauungsplan haben Sie eine weitere Informationshilfe.

Die Finanzierungskosten, Baupreise und steuerlichen Anreize waren noch nie so günstig – also, nur Mut! Sollten weitere Fragen aufkommen, so wenden Sie sich bitte an unsere Stadtverwaltung.

*Helmut Rahenbrock*

## Interview mit dem scheidenden Leiter der Volkshochschule Georgsmarienhütte, Fritz Brickwedde.

**Stadt im Werden:** Herr Brickwedde, Sie sind zum 1. April 1985 zum Dezernenten beim Landkreis Emsland für Schule, Kultur und Umweltschutz gewählt worden. Wie lange waren Sie in Georgsmarienhütte tätig und fällt Ihnen der Abschied schwer?

**Brickwedde:** Ich habe auf den Tag genau die Volkshochschule unserer Stadt Georgsmarienhütte vier Jahre geleitet. Diese Arbeit habe ich sehr gerne getan, da es darum ging, eine vorher nebenamtlich geleitete Volkshochschule aufzubauen und den Bedürfnissen der Bürger von Georgsmarienhütte und der benachbarten Gemeinden verstärkt Rechnung zu tragen. Ich gehe eigentlich mit einem lachenden und einem weinenden Auge von Georgsmarienhütte weg. Zum einen habe ich mich natürlich darüber gefreut, daß ich mit großer Mehrheit zum Dezernenten beim Landkreis Emsland gewählt worden bin; zum anderen ist mir die Volkshochschule Georgsmarienhütte mit den Mitarbeitern, Kollegen und Teilnehmern sehr ans Herz gewachsen.

**Stadt im Werden:** Wenn Sie nun in der Rückschau einmal Bilanz ziehen, wie hat sich dann die Volkshochschule in Georgsmarienhütte entwickelt?

**Brickwedde:** Als ich am 31. März 1981 die Leitung der Volkshochschule übernahm, hatten wir jährlich 100 Kurse mit knapp 1.500 Teilnehmern und etwa 2.500 Unterrichtsstunden. Heute führt die Volkshochschule der Stadt Georgsmarienhütte jährlich 235 Kurse mit ca. 5.000 Teilnehmern und etwa 5.800 Unterrichtsstunden durch. Ich meine, der Rat der Stadt Georgsmarienhütte, die Stadtverwaltung und alle Bürger können stolz auf diese Entwicklung sein. Unsere Volkshochschule verfügt heute über ein Angebot, das den Wünschen der Bürger gerecht wird.

**Stadt im Werden:** Was waren besondere Schwerpunkte Ihrer Tätigkeit?

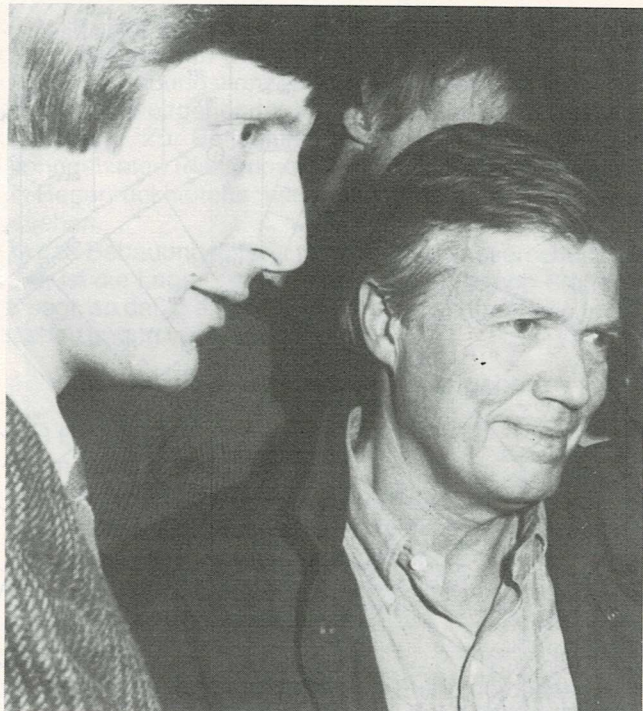
**Brickwedde:** Das Wichtigste war natürlich der Aufbau eines erweiterten Kursprogramms, so daß wir unsere Kapazitäten in vier Jahren mehr als verdoppeln konnten. Einen zweiten Schwerpunkt bildete die Einführung der „Georgsmarienhütter Gespräche“, die über Georgsmarienhütte hinaus auf ein interessiertes Echo stießen, und zum dritten möchte ich unser Angebot für jugendliche Arbeitslose nennen.

**Stadt im Werden:** Mit den „Georgsmarienhütter Gesprächen“ ist Ihnen ja gelungen, namhafte Persönlichkeiten nach Georgsmarienhütte zu holen. Was waren denn die interessantesten und wichtigsten Veranstaltungen?

**Brickwedde:** Ich denke besonders gern an das sehr friedliche Streitgespräch zwischen Rudolf Bahro und Dr. Werner Remmers über Friedenspolitik zurück. Es kam mir bei den „Georgsmarienhütter Gesprächen“ ja gerade auf den Dialog unterschiedlicher Positionen in einer toleranten Atmosphäre an. Besondere Höhepunkte bildeten natürlich die Abende mit Ephraim Kishon, Prof. Wolfgang Leonhard, Christa Meves, Armin Halle, Paul Schnitker, Walther Leisler Kiep und Dieter Kronzucker. Der schönste Abend der „Georgsmarienhütter Gespräche“ war aber sicherlich der mit Karlheinz Böhm, weil wir hier nicht nur einen beeindruckenden Vortrag über die Situation der hungernden Menschen in Afrika erleben durften, sondern auch das spontane humanitäre und christliche Engagement der Georgsmarienhütter.

**Stadt im Werden:** Diese Aktion Hungerhilfe mit Karlheinz Böhm wurde ja von der Volkshochschule initiiert. Ist das nicht ungewöhnlich?

**Brickwedde:** Das ist in der Tat ungewöhnlich. Zunächst hatten wir ja nur Karlheinz Böhm zu den „Georgsmarienhütter Gesprächen“ eingeladen. Dann kam mir die Idee, etwas Geld für ihn und sein Entwicklungsprojekt in Äthiopien zu sammeln. Ich dachte dabei an etwa 10.000 Mark. Das erschien mir eine realistische Summe. Daß es dann letztendlich über 360.000 Mark wurden, ist nur dem fanatischen En-



Fritz Brickwedde (l.) und K.H. Böhm

gagement zahlreicher Georgsmarienhütter Bürger und Vereine zu verdanken. Darüber hinaus haben sich natürlich auch zahlreiche Einzelpersonen und Gruppen aus der ganzen Region beteiligt. Ich möchte auch an dieser Stelle noch einmal sehr herzlich allen Freunden für ihre Mitarbeit danken. Wir haben mit dieser Aktion ein Zeichen setzen können. Diese Arbeit soll ja fortgesetzt werden in einem Arbeitskreis, und ich hoffe, daß von Georgsmarienhütte aus noch zahlreiche Impulse ausgehen für die notleidenden Menschen in der afrikanischen Hungerzone.

**Stadt im Werden:** Sie erwähnten auch das Bildungsangebot für arbeitslose Jugendliche, können Sie hierzu noch etwas sagen?

**Brickwedde:** Ja, das war auch eine uns zutiefst befriedigende Arbeit. Wir haben im letzten Jahr mit dem Projekt „Arbeit und Lernen“ ca. 20 arbeitslosen Jugendlichen einen Arbeitsplatz und eine Fortbildung geben können. Auch die Betreuer dieses Projekts waren Arbeitslose, die nun Arbeit hatten. Wir setzen jetzt dieses Projekt fort; arbeitslose Mädchen können sich an die Volkshochschule wenden oder auch an das Arbeitsamt, um zu klären, ob eine Teilnahme an dem Projekt „Arbeit und Lernen“ sinnvoll ist.

**Stadt im Werden:** Diese vielfältigen Aktivitäten kosten ja nun auch erhebliche Summen. Wie finanziert sich eigentlich die Volkshochschule?

**Brickwedde:** Die Finanzierung der Volkshochschule Georgsmarienhütte steht auf mehreren Säulen. Im letzten Jahr hatten wir ungefähr 150.000 Mark Zuschüsse durch das Arbeitsamt, über 100.000 Mark durch das Land Niedersachsen, ebenfalls 100.000 Mark erwirtschafteten wir an Teilnehmergebühren. Der Landkreis Osnabrück unterstützte uns mit etwa 14.000 Mark. Insgesamt hatten wir an Ausgaben gut 410.000 Mark, so daß die Stadt Georgsmarienhütte einen Zuschuß von ca. 40.000 Mark zu zahlen hatte.

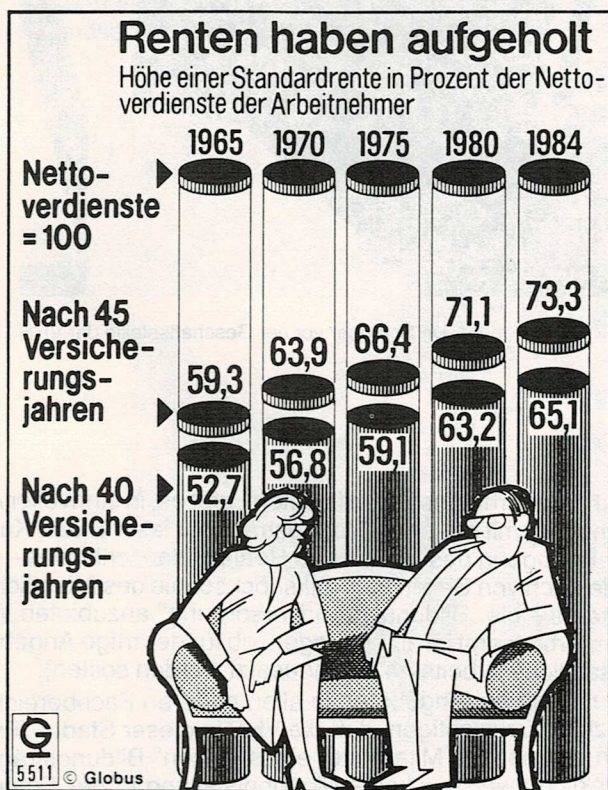
**Stadt im Werden:** Wo sehen Sie zukünftige Schwerpunkte unserer Volkshochschule?

**Brickwedde:** Ich glaube, daß in den nächsten Jahren vor allem im Bereich der beruflichen Bildung, d.h. in der Ausbildung, Fortbildung und Umschulung neue Akzente zu setzen sind. Der rasche technische Wandel, die Arbeitslosigkeit, vor allem die Jugendarbeitslosigkeit und der Mangel

an Ausbildungsplätzen erfordern eine Antwort der Volkshochschule. Wir haben die Pflicht, den Menschen bei der Bewältigung dieser Probleme zu helfen. Gestatten Sie mir am Schluß dieses Interviews noch ein Wort des Dankes an Bürgermeister Siepelmeyer und Stadtdirektor Rolfes, mit denen ich außerordentlich gut in den vier Jahren zusammengearbeitet habe und die für die Anliegen der Volkshochschule immer ein offenes Ohr hatten. Ohne die gute Zusammenarbeit mit der Kulturabteilung der Stadt Georgsmarienhütte, ohne das Engagement der hauptamtlichen Mitarbeiter der Volkshochschule sowie der Kursleiter und unserer Partner in den Schulen der Stadt wäre der Fortschritt unserer VHS-Arbeit nicht denkbar gewesen. Ich verstehe deshalb den Sprung nach vorn, den die Volkshochschule Georgsmarienhütte gemacht hat auch ganz bewußt als eine Gemeinschaftsleistung vieler Personen, zu denen auch die Mitglieder des Beirates der Volkshochschule und des Kulturausschusses des Rates gehören. Ich denke gern an die vier Jahre in Georgsmarienhütte zurück und werde auch in Zukunft ein besonders enges Verhältnis zu Georgsmarienhütte behalten.

**Stadt im Werden:** Herr Brickwedde, wir danken für das Interview und wünschen Ihnen viel Erfolg für Ihre neue Aufgabe.

(Werner Schmigelski)



„Renten-Niveau auf hohem Stand“

Gewiß, die Renten sind in den letzten Jahren nur noch mäßig gestiegen. Über einen längeren Zeitraum betrachtet, kann sich ihre Entwicklung jedoch sehen lassen. So hat sich die sogenannte „Standardrente“ – darunter versteht man die Rente eines Versicherten, der Zeit seines Arbeitslebens durchschnittlich verdient und 40 bzw. 45 Versicherungsjahre aufzuweisen hat – von 1965 bis 1984 annähernd vervierfacht, während sich die Nettoverdienste der Arbeitnehmer im gleichen Zeitraum „nur“ verdreifacht haben. Die Folge: Das Renten-Niveau – also die Rente ausgedrückt in Prozent des durchschnittlichen Nettoverdienstes der Beschäftigten – liegt heute deutlich höher als vor 20 Jahren. Es erreichte bei unserem Standardrentner mit 40 Versicherungsjahren 65,1 Prozent gegenüber 52,7 Prozent im Jahre 1965. Der Standardrentner mit 45 Versicherungsjahren kam sogar auf 73,3 Prozent des durchschnittlichen Nettoverdienstes der Arbeitnehmer.

Statistische Angaben: Bundesarbeitsministerium

## CDU auf allen Ebenen in der Verantwortung!

Für aufmerksame Beobachter des politischen Spektrums ist der Wahlausgang in NRW keine sonderlich große Überraschung gewesen, hat es doch die SPD verstanden, alle Probleme der heutigen Politik allein den Verantwortlichen in Bonn zuzuschieben; hat es doch die SPD verstanden, eigene Verantwortung abzulehnen; hat es doch die SPD verstanden, die CDU mit Unternehmern gleichzusetzen.

Hingegen hat es die CDU nicht verstanden, hervorragende Ergebnisse der Wende genügend hervorzuheben; haben sich doch die Koalitionspartner in Bonn das Leben selbst erswert.

Deswegen erscheint mir noch einmal ein Hinweis auf die Lage 1982 notwendig:

1981:	4 % Rentensteigerung.
	5,9 % Preissteigerung
1982:	1,9 Millionen Arbeitslose
	5,3 % Preissteigerung
	4,2 % Lohnerhöhung.

Diese Fakten lassen sich beliebig ergänzen, doch ein Blick auf 1984 wird uns weiterführen:

	1,6 % Preissteigerung
	3,5 % Lohnsteigerung
	2,2 Millionen Arbeitslose.

Auch ohne Kenntnis der Mengenlehre sieht jeder, wann der Arbeitnehmer mehr Geld in der Tasche hatte. 1982 lagen die Arbeitnehmer mit ihrem Einkommen 5 Milliarden DM hinter der Preissteigerung, 1984 liegen sie mit 4 Milliarden DM darüber!

Alein die Rentner haben durch die Senkung der Inflationsrate 2 Milliarden mehr an Kaufkraft gewonnen. Muß nicht jede Forderung nach staatlichen Zusatzprogrammen vor derartigen Zahlen erblassen? Hätte die SPD nicht in jedem Ortsverein bei derartigen wirtschaftlichen Zahlen wöchentlich Freudenfeuer angezündet, wenn das ihrem Helmut Schmidt gelungen wäre?

Diese Wende aber machte Helmut Kohl! Dieser Kanzler hat es auch geschafft, daß die Arbeitgeber ihre Ausbildungskapazitäten enorm gesteigert haben, so daß trotz der ungünstigen demographischen Entwicklung (starke Jahrgänge drängen in den Beruf) fast alle Schulabgänger einen Ausbildungsplatz gefunden haben.

Hier liegt auch ein Schlüssel für die Lösung des wirklich gravierenden Problems – der Arbeitslosigkeit! Nicht so sehr der Staat als vielmehr die Tarifparteien (Arbeitgeber – Arbeitnehmer) können zur Lösung beitragen. Wie wäre es mit der Streichung verschiedener Subventionen? Wie wäre es mit Verzicht auf Überstunden, um neue Arbeitskräfte einzustellen? Wie wäre es mit der Halbierung der Lohnsteigerung zur Förderung neuer Arbeitsplätze? Wie wäre es mit der Einsicht, daß nicht jeder Doppelverdienst sein muß? – Kein Zweifel, hier liegen Lösungsansätze, die jeden einzelnen von uns angehen!

Natürlich muß auch der Staat als großer Arbeits- und Auftraggeber helfend eingreifen. So sind die Milliarden für Stadtсанierung ein richtiger Weg, so werden in unserer Stadt durch finanzielle Hilfen für Bauvorhaben (Altersheime, Kirchenrenovierung, Straßen- Kanalbau, Kläranlage) wesentliche Kapazitäten ermöglicht.

Auch in Niedersachsen ist eine Zunahme an Arbeitsplätzen zu registrieren, was z.B. auch durch den Einsatz des Ministerpräsidenten für den Erhalt des Klöckner-Werkes bewiesen ist. Hamburg, Bremen und Nordrhein-Westfalen liegen an der Spitze der Statistik der Verluste von Arbeitsplätzen. Sollte man nach den Gründen fragen, dürfte die jeweilige Regierung nicht außerhalb der Befragung bleiben.

– Kein Zweifel, die Wende in Bonn zeigt ihre positive Wirkung, die Landesregierung hat sich bewährt, die Mehrheitsfraktionen CDU auf Stadt- und Kreisebene haben erfolgreiche Arbeit für die Region geleistet.

Die Verantwortung auf allen Ebenen liegt in den richtigen Händen.

Heinz Lunte

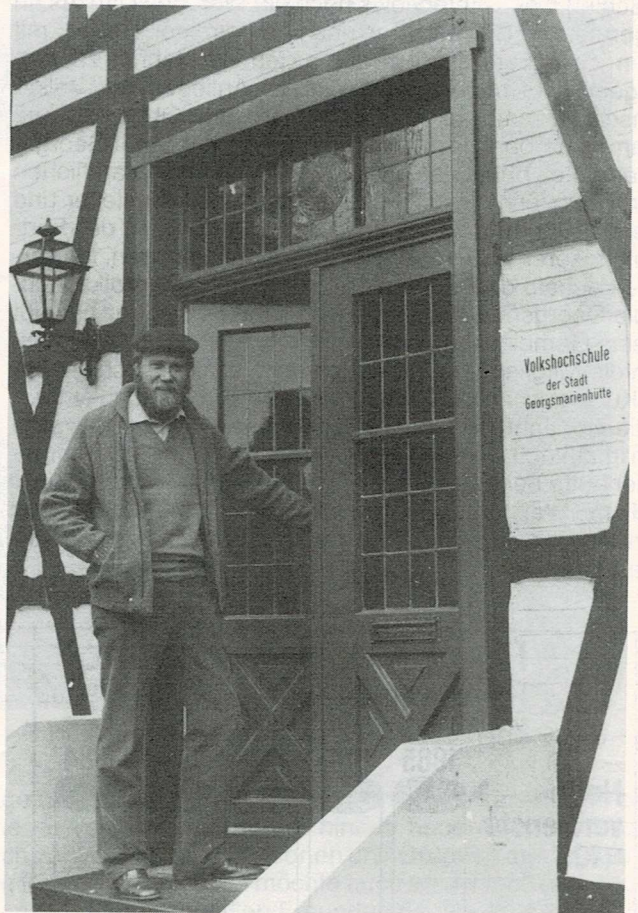
## Ein Beitrag des neuen Leiters der Volkshochschule, Georgsmarienhütte, Dr. Eberhard Schröder.

In Kindheit und Jugend erworbene Fähigkeiten und Kenntnisse sind in einer „schnellebigen“ Zeit für das Leben von Erwachsenen in unserer Gesellschaft heute kaum noch oder vielfach bereits nicht mehr hinreichend. Deshalb ist es aus meiner Sicht auch weiterhin die vorrangige Aufgabe der Volkshochschule, die Bürger in der Kommune und Region immer wieder anzuregen, lebenslang beständig weiterzulernten. Dies Lernen darf sich dabei keinesfalls auf einzelne Bereiche – etwa die berufsbezogene Bildung – einengen; eine freie und gerechte, vielgestaltige und lebendige Gesellschaft bedarf des umfassend gebildeten Bürgers: Für ihn gilt es immer wieder neu, sich über Zielsetzungen für das eigene Handeln in Familie und Beruf zu vergewissern; gesellschaftliche und politische Probleme offen und sachlich fundiert zu erörtern und die eigene Position zu überprüfen bzw. zu bestimmen; schöpferische und künstlerische Fähigkeiten auszuüben oder erst zu entdecken, sowie sich zu unterschiedlichen Fachdisziplinen den heutigen Wissensstand im Hören, Sehen sowie Gespräch mit anderen zu erschließen. Es ist daher die „programmatische“ Aufgabe eines jeden Mitarbeiters in der Erwachsenenbildung, dabei vor allem auf die bildungsgewohnten – und in diesem Sinne in der Gesellschaft „benachteiligten“ – Bevölkerungsgruppen zu zielen: Dies wird von uns u.a. versucht durch eine spezielle Werbung über Vereine, Einrichtungen und bereits in der Erwachsenenbildung engagierte Gruppen. So gilt es verstärkt Arbeitnehmer, Frauen und ausländische Mitbürger zu gewinnen.

Ohne Zweifel hat die Volkshochschule angesichts der aktuellen strukturellen Veränderungen in Berufs- und Arbeitswelt die Bürger für die neuen sinnvollen Anforderungen, die sich daraus ergeben, zu qualifizieren – bekanntlich werden wir z.B. in einigen Jahren allorts computerunterstützte Arbeitsplätze vorfinden. Auf diese Veränderungen sind die heutigen Arbeitsplatzinhaber vorzubereiten. Eine entsprechende Schulung bietet unsere Volkshochschule bereits seit geraumer Zeit an, und die Angebote sollen – ggf. in Absprache mit örtlich ansässigen Firmen – erweitert und intensiviert werden. Zweifel seien jedoch angemeldet, ob sich mit den sogenannten „neuen Technologien“ für die Volkshochschule generell ein zusätzlicher besonderer Aufgabenbereich sogar der berufsqualifizierenden Weiterbildung erschließt; vielmehr scheint aufgrund des Teilnehmerverhaltens auch an unserer Volkshochschule die Annahme begründet, daß hier lediglich zur vorhandenen Grundausbildung berufsergänzende Qualifikationen abgerufen werden – ähnlich wie bei den Angeboten zu „Maschinenschreiben“ oder „Kurzschrift“ – und so hinlänglich die neuen Aufgabenstellungen bewältigt werden können.

Läßt sich zudem bei Volkshochschulen anderorts in Niedersachsen die Intention erkennen, zunehmend im Bereich der berufsqualifizierenden Ausbildung tätig zu werden – wie auch zu der Absicht, entsprechende Aussagen im Erwachsenenbildungsgesetz daraufhin zu interpretieren – so ist für die Region Osnabrück festzustellen, daß hier langjährig eingeführte und gut ausgestattete Einrichtungen für die berufliche Bildung vorhanden sind, deren Räume und Anlagen z.T. heute bereits wegen sinkender Schülerzahlen nicht mehr voll ausgelastet sind. Wegen dieser örtlichen Gegebenheiten wird die VHS Georgsmarienhütte mittelfristig im Bereich der beruflichen Bildung **berufsvorbereitende und -ergänzende**, weniger jedoch **-qualifizierende** Angebote unterbreiten.

Motivierung und persönliche wie fachliche Vorbereitung auf eine berufliche Ausbildung und Tätigkeit werden weiterhin im Zentrum der Maßnahmen speziell mit jugendlichen Arbeitslosen stehen; dort, wo es am Schulabschluß mangelt, sollen die Teilnehmer verstärkt durch die Volkshochschule auf die nachträglichen Prüfungen vorbereitet werden. So



Dr. Schröder vor der Geschäftsstelle der VHS

weit darüberhinaus Bedarf besteht, gibt es, in sinnvoller Abstimmung mit anderen Bildungsträgern dieser Stadt, Kurse zur Erlangung des Haupt- und Realschulabschlusses – gerade auch von Seiten der Volkshochschule des öffentlichen Trägers – als „Bildungsgrundversorgung“ anzubieten. (Mit dem Arbeitsamt ist zu überlegen, ob für derartige Angebote zusätzliche Arbeitskräfte eingesetzt werden sollten).

Aber auch bei Angeboten in allen anderen Fachbereichen ist zu berücksichtigen, daß die VHS in dieser Stadt – für einen ehemaligen Mitarbeiter eines „freien“ Bildungsträgers glücklicherweise – keine Monopolstellung in der Erwachsenenbildung besitzt; das Gespräch mit den Partnern ist von Seiten der VHS aufgenommen. Bei Beachtung dieser Bedingungen scheinen folgende Akzente in der VHS-Arbeit in den nächsten Jahren sinnvoll:

- Durch Angebote zur „musisch-kulturellen“ Bildung sind die Bürger verstärkt anzuregen, sich in diesem Bereich in ihrer Freizeit zu betätigen und das Kunst- und Kulturleben unserer Stadt mitzugestalten. Erfreulich ist, daß Angebote zu „Literatur“ und „Tanztheater“ in diesem Semester angenommen wurden. Besonders in diesem Fachbereich scheint für die Annahme einer Maßnahme durch die Teilnehmer der einzelne Dozent, seine eigene kreative und künstlerische Arbeit und öffentliche Darstellung außerordentlich bedeutsam. (Eine Erweiterung der Angebote in diesem Bereich wird in engem Kontakt zu Einrichtungen und Gruppen, die an der Kulturarbeit der Stadt beteiligt sind, angestrebt).
- Bei einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 60 bis 70 Jahren ist die Erhaltung der Gesundheit für den



Einzelnen heute zunehmen zu einer Aufgabe geworden, der er sich bewußt und gezielt stellen muß. Volkshochschulen können dabei nicht im engeren Sinne therapeutisch wirken und sind an dieser Stelle auch nicht gefragt. Sie müssen aber den Bürgern Kenntnisse hierfür vermitteln und zur Gesundheitserziehung gerade auch durch ein körperlich und vor allem geistig aktives Leben beitragen. Die Kooperation mit den Krankenkassen ist hier fortzusetzen – mit den Ärzten ist sie verstärkt zu suchen. (Persönlich möchte ich dabei nicht verheimlichen, daß ich eher schulwissenschaftlich [und damit auch -medizinisch] als „alternativ“ auch in diesem Bereich ausgerichtet bin – ohne aber damit andere Ansätze verhindern zu wollen).

„Unsere Stadt – das sind wir!“ – Das heißt, daß wir als Demokraten unsere Stadt kennen und gestalten sollten. Deshalb werden Angebote zur Stadtteil- und Stadtgeschichte gemacht sowie zur Umwelterkundung (z.T. in Kooperation mit der Kulturabteilung der Stadt); zur Diskussion über Fragen der Stadtpolitik eingeladen; Initiativen, Vereinen und Verbänden Zusammenarbeit angeboten. Dafür ist auch mit der „Bildung auf Bestellung“ im neuen Programm eine Möglichkeit geschaffen. Hier können Gruppen eine Maßnahme im Volkshochschulbereich planen und durchführen, sofern sie den gesetzlichen Rahmenbedingungen in inhaltlicher wie formaler Hinsicht entspricht.

- Bei den „Georgsmarienhütter Gesprächen“ ist – wie bereits bei dem Besuch des Landesrabbiners Brandt im September '85 geschehen – in der Folge dafür Sorge zu tragen, daß am Thema interessierte und in der Sache engagierte Gruppen in unserer Stadt die Gelegenheit zu einem Gedankenaustausch in kleinerem Kreis mit dem/den geladenen Referenten erhalten. (Aufgrund der eigenen Interessenlage werden in dieser Forumsreihe in der Mehrzahl Referenten zu gesellschaftspolitischen Fragestellungen für Vortrag und Diskussion gebeten werden).

Die beschriebenen Aufgaben lassen sich nur mit den nunmehr ca. 100 Dozenten bewältigen, die heute in unserer Stadt bei der VHS-Arbeit mitwirken. Mit Interesse an der Gesamtarbeit der VHS unterstützen sie in vorzüglicher Weise Geschäftsstelle, Mitarbeiter und Leitung bei der Organisation. An der Aufstellung der Programme wirkt auch jeweils der Beirat der VHS mit, ein gesetzlich vorgeschriebenes Gremium, dem Vertreter des Rates wie der Dozenten angehören. Mir ist daran gelegen, daß die Beiratsmitglieder, die in der Öffentlichkeit kaum je als solche in Erscheinung treten, im häufigen Kontakt umfassend an der konzeptionellen und praktischen Weiterentwicklung der Volkshochschularbeit teilnehmen – damit auch so immer mehr aus der Volkshochschule für die Bürger eine „Volkshochschule“ von den Bürgern unserer Stadt wird.

### **Viel Spaß für die „Kleinen“! – Sommerzeltlager der Jungen Union –**



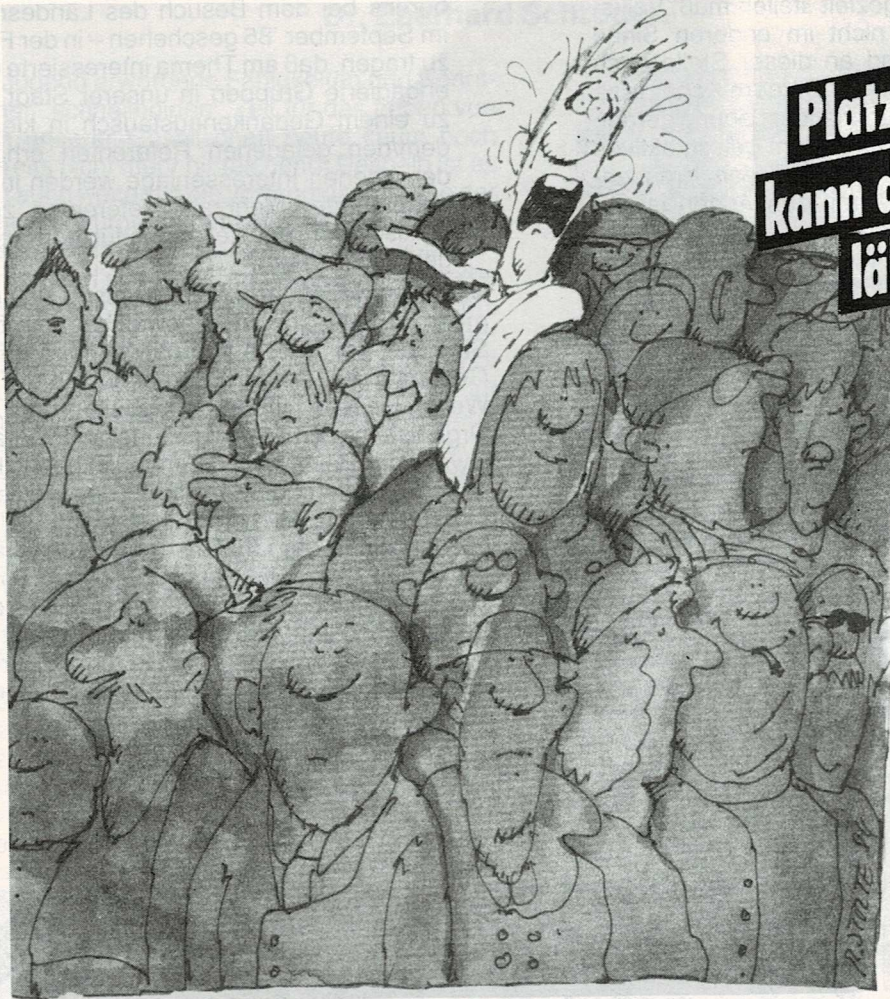
Ein Erfolg war auch in diesem Jahr wieder das schon traditionelle Sommerzeltlager der Jungen Union auf dem Gelände der Antonius-Schule in Holzhausen. Die zahlreichen ehrenamtlichen Betreuer und Helfer hatten sich unter der Leitung von Michael Thöle und Matthias Tegeler allerhand einfallen lassen, um den über 110 Kindern – auch bei teilweise regnerischem Wetter – erlebnisreiche und unterhaltensreiche Ferientage bieten zu können.

Das Schulgelände und die angrenzende waldreiche Umgebung boten dabei ideale Voraussetzungen: Geländespiel, Wanderung, Basteln und Fußball waren feste Bestandteile des Programms, in dem auch die abendliche Disco für die jüngsten Teens und Twens nicht fehlen durfte. Bei der Lager-Olympiade gab es manches medaillenverdächtige Talent zu bestaunen, und die Nachtwanderung sorgte mit

ihren schaurigen und gruseligen Effekten dafür, daß manches Kind doch lieber in der Nähe des „großen“ Betreuers blieb.

Höhepunkt war wieder einmal der Tagesausflug, der in diesem Jahr in den Vogelpark Walsrode führte. In der bunten Welt tausender „Piepmätze“ aus allen Kontinenten und der vielen Spielmöglichkeiten konnten sich die Kinder einen ganzen Tag lang vergnügen.

Manfred Motzek



**Platzangst  
kann die Seele  
lähmen**

**QUICK**

### „Appell an die Kraftfahrer“

Jeder Kraftfahrer in unserer Stadt muß sein Fahrzeug irgendwo einmal am Straßenrand abstellen, manche sogar nachts, da sie mangels Garage zu den „Laternenparkern“ gehören.

Dabei hat sich die Unsitte eingebürgert, mit zwei Rädern oder gar mit dem ganzen Fahrzeug gleich auf dem Fuß- oder Radweg zu parken. Dies geschieht oft aus vermeintlicher Angst den Verkehr zu behindern, wobei die Interessen der Fußgänger oder gar der Mütter mit Kinderwagen und Rollstuhlfahrer nicht berücksichtigt werden. Nur in den seltensten Fällen ist dieses Parken vielleicht sinnvoll (wenn auch nicht erlaubt!!), und werden Fußgänger und Radfahrer nicht eingeschränkt. Ja, in vielen Fällen (z.B. Heinrich-Schmedt-Straße, Alte-Heer-Straße), könnten richtig parkende Kraftfahrzeuge sogar eine Art Verkehrsberuhigung bewirken, denn so wird mancher „Raser“ gezwungen, die Geschwindigkeit zu drosseln. Einige Autofahrer würden sogar die eine oder andere Wohnstraße nicht mehr als „Schleichweg“ benutzen.

Deshalb der Appell an alle Kraftfahrer: „Nicht mehr auf dem Fuß- und Radweg parken, auch nicht mit zwei Rädern oder wenn der „Vordermann“ bereits falsch parkt, sondern diese Fläche den „schwächeren“ Verkehrsteilnehmern allein überlassen!“

Michael Vogt

### LESERBRIEF

*Bitte laßt uns leben!*

*Jedes Jahr aufs Neue gibt uns immer wieder derselbe traurige Anblick Anlaß, uns aufzuregen: Blumen und Sträucher, die von sogenannten „Pflanzenfreunden“ geschändet wurden, sind ein trauriges „Zurückbleibsel“ der sonntäglichen Spaziergängerwelle. Erwiesenermaßen ist die Freude an der Pflanze in der Blumenvase erheblich kürzer als in der freien Natur, wobei z. B. das Pfaffenhütchen – naturbelassen – noch vielen Erholungssuchenden mehr als ein schöner Anblick sein sollte. (Abgesehen davon, daß die Menschheit ohnehin kein Recht dazu hat, Leben in dieser Art zu mißhandeln). Hinzu kommt noch, daß manche Leute sich nicht nur auf die Wegesränder beschränken können, sondern durch Felder und Wiesen marschieren müssen (siehe Osthoffer Wald). Hierdurch werden nicht nur unnötigerweise Blumen zertreten, sondern wird auch junges Wild aufgescheucht.*

*Zum akuten Problem werden jedesmal Feiertage wie der 1. Mai und Christi Himmelfahrt („Vatertag“). Das Resultat dieser Tage sind achtlos weggeworfener Müll und Spuren der Zerstörungswut!*

*Deshalb lautet unser Appell an die Naturfreunde: Bewahrt uns diesen Ausgleich zum Stadtleben und geht rücksichtsvoll mit ihm um!!*

*Im Namen der Pflanzen gesprochen: „Bitte laßt uns leben“!*

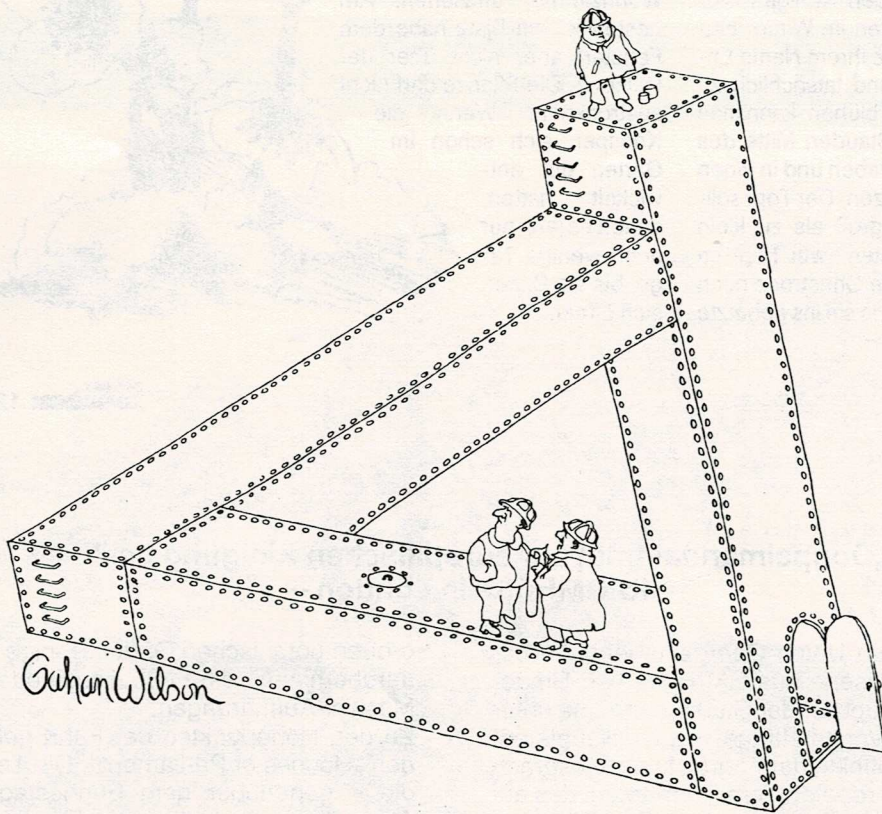
Andrea Grieszel

Gaby Knorre

Heide Wagner

Hindenburgstraße 26

**Anmerk. d. Redaktion: Vielleicht eine Möglichkeit, im neuen Jahr gute Vorsätze in die Tat umzusetzen!**



„Junge, schau dir noch mal den Bauplan an!“

### Aus den Fachausschüssen des Rates: „Straßenausbau in Holzhausen!“

Was lange auf sich warten ließ, wird nun endlich fertig....!  
Der Bauausschuß beschloß in seiner Sitzung am 19.9.84  
den Ausbau der Kreuzstraße. Nach der Erstellung der Licht-  
zeichenanlage, kann nun die Reststrecke vom Bahnkörper  
bis zur einmündenden Straße „Patkenheide“ fertiggestellt  
werden.

Wir kommen damit auch in den Besitz der schon lange ge-  
wünschten beidseitigen Bürgersteige.

Noch vor dem endgültigen Einbruch des Winters dürfte die-  
se Baumaßnahme abgeschlossen sein!

Johannes Menkhaus

## Christrosen

gehören zu den wenigen Blumen, die mitten im Winter blühen. Damit sie ihrem Name Ehre machen und tatsächlich zu Weihnachten blühen, kann man die kleinen Stauden Mitte des Monats ausgraben und in einen Topf umpflanzen. Der Topf sollte lieber zu groß als zu klein sein! Die ersten zwei Tage im Haus steht die Christrose noch kühl, dann kann sie ins geheizte

Wohnzimmer umziehen. Am besten ist ein Platz nahe dem Fenster, aber nicht über der Heizung. Die Pflanze darf nicht austrocknen. Wenn die Knospen sich schon im Garten gut entwickelt hatten, dauert es jetzt nur noch wenige Tage, bis die Blüten sich öffnen.



selber  
machen 12/85

## „Doppelmandat trägt zur europäischen Einigung bei“ – JU GMHütte in London –

Auf Einladung der Jungen Union Georgsmarienhütte besuchten 54 junge Erwachsene aus GM-Hütte und Umgebung Großbritannien. Hauptziel der Studienfahrt, die unter der Leitung von Michael Vogt stattfand, war die Hauptstadt London. Einer der Höhepunkte der Fahrt war ein Gespräch mit dem Unterhausabgeordneten Tom Normanton, das auf Vermittlung des Europaabgeordneten Hans-Gert Pöttering zustande kam.

Auf dem Programm standen ferner Besuche in der Kathedralenstadt Canterbury und im malerischen südenglischen Städtchen Rye, dessen mittelalterliche „Mermaid-Straße“ immer wieder Drehort von TV-Aufnahmen des englischen Fernsehens ist. Abstecher machte die Reisegruppe auch in die alte Universitätsstadt Oxford, deren berühmte „Colleges“ teilweise noch aus dem 14. Jahrhundert stammen, in die Shakespeare-Stadt Stratford-upon-Avon und zu der aus dem 14. Jahrhundert stammenden Burganlage Warick Castle. In London absolvierte die Reisegruppe neben dem obligatorischen Besichtigungsprogramm in Kleingruppen nach Interessenschwerpunkten individuelle Programme. So wurden u.a. das Kultur- und Veranstaltungszentrum „Barbican“, das Kultur- und Einkaufszentrum „Covent Garden“ (beide wurden erst vor wenigen Jahren errichtet) und die großen Londoner Museen ebenso besichtigt wie die

großen botanischen Gärten. Einige Teilnehmer besuchten darüberhinaus ein Fußballspiel oder eine der zahlreichen Musical-Aufführungen.

Zu den Höhepunkten der Fahrt gehörte die Besichtigung des „Houses of Parliament“. Die Teilnehmer beeindruckte die – gegenüber dem Bundestag – eher „vertrauliche Atmosphäre“ im Unter- und Oberhaus.

In einem Gespräch mit dem einzigen englischen Doppelmandatsträger, der zugleich im englischen Unterhaus und im Europäischen Parlament in Straßburg ein Mandat hat, erfuhren die Teilnehmer Einzelheiten und Hintergründe über die englische Parlamentsarbeit und die Politik der Regierung Thatcher. In diesem Gespräch bezeichnete der konservative Politiker sich als Verfechter des Doppelmandates auf nationaler und europäischer Ebene, da nur auf diesem Wege schnelle Fortschritte im inzwischen stockenden Einigungsprozeß Europas zu erwarten seien. Politiker mit Doppelmandat könnten es schaffen, nationale Egoismen zurückzudrängen.

Michael Vogt

## Sprechstunden für ausländische Mitbürger:

Auf Wunsch der Stadt Georgsmarienhütte hält das Informations- und Beratungszentrum (IBZ) für ausländische Arbeitnehmer der Stadt Osnabrück jetzt wöchentlich dienstags um 14.00 Uhr im GM-Hütter Rathaus, Verwaltungsgebäude II, Sprechstunden durch einen türkischsprechenden Sozialbetreuer ab.

Dieser Mitarbeiter steht für alle Fragen und Probleme offen und hilft ggf. bei der Vermittlung an andere Stellen. Alle GM-Hütter Bürger sollten türkische Nachbarn und Arbeitskollegen darauf hinweisen.

Das IBZ befindet sich in Osnabrück an der Bierstraße 32 a/ Eingang Lohstraße, wo auch für andere Nationalitäten fremdsprachige Sozialbetreuer Sprechstunden abhalten. Telefon 0541/323-1, 323-4292 und 323-2560 (jugoslawischer Sozialbetreuer).

Michael Vogt

---

## Zu guter Letzt

„Stirbt ein Bediensteter während einer Dienstreise, so ist damit die Dienstreise beendet.“ (Aus dem Kommentar zum Bundesreisekostengesetz).

---

Gymnasium aktuell